

## Grenzen des Wachstums? Das deutsche Wachstumsdebakel und die Krise des Wohlfahrtsstaates nach Esping-Andersen

Nollmann, Gerd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nollmann, G. (2008). Grenzen des Wachstums? Das deutsche Wachstumsdebakel und die Krise des Wohlfahrtsstaates nach Esping-Andersen. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 365-384). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-153365>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Grenzen des Wachstums?

## Das deutsche Wachstumsdebakel und die Krise des Wohlfahrtsstaates nach Esping-Andersen

*Gerd Nollmann*

### 1. Einleitung

Die Steigerung der absoluten Wirtschaftsleistung gehört schon seit langem zu den öffentlich viel beachteten Themen, weil Wachstum zentral über politische Gestaltungsmöglichkeiten entscheidet. Wie der Wohlfahrtsstaat die Bedingungen für mehr Wachstum heute beeinflussen kann und soll, hat in jüngerer Zeit insbesondere Gösta Esping-Andersen darzulegen versucht. Seine Arbeiten wurden zunächst eher mit Bezug auf Typologien des Wohlfahrtsstaates und dessen zukünftiger Gestalt bekannt. Tatsächlich hat aber Esping-Andersen nicht zuletzt durch seine Rolle als Politikberater am Rande von EU-Gipfeln Thesen vorgetragen, die ein eigenes Licht auf die heutigen, insbesondere in Deutschland problematischen Wachstumsprobleme werfen. Ich möchte diese Thesen im Weiteren zunächst kurz beleuchten (2), dann selbst empirische Hinweise zu ihrer Plausibilität sammeln (3) und schließlich Schlussfolgerungen für das deutsche Wachstumsproblem zusammenfassen (4).

### 2. Der Wohlfahrtsstaat und das Wirtschaftswachstum

In seiner einflussreichen Studie *The Three Worlds of Welfare Capitalism* unterscheidet Esping-Andersen (1990) konservative, liberale und sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten. Während liberale Regime den Arbeitsmarkt mit wenig effizienten Job-Trainings und Affirmative Action Programmen bearbeiten, unterscheiden sich sozialdemokratische und konservative Regime zentral in der Einbindung der privaten Haushalte in berufliche Erwerbstätigkeit. Sozialdemokratische Regime zielen auf eine Maximierungsstrategie durch die Bereitstellung umfangreicher Jobs der öffentlichen Hand und späte Pensionierungen. Konservative Regime setzen auf eine entgegen gesetzte Strategie: Der Haushalt mit nur einem Ernährer wird steuerlich begünstigt, großzügige Familienhilfe, keinesfalls aber die Arbeitsaufnahme der Frauen ermutigende Kinderbetreuung gewährt.

Nach Esping-Andersen (2002) ist jedoch die alte Arbeitsteilung des industriellen Zeitalters zwischen Markt, Staat und privaten Haushalten unwiderruflich zerfallen, so dass wir über Struktur und Gestalt eines neuen Wohlfahrtsstaats nachdenken müssen. Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist enorm gestiegen. Die Expansion von Dienstleistungsarbeit hält an. Arbeitsmärkte sind gekennzeichnet durch Machtgewinne älterer, gut verdienender Insider und jüngeren, insbesondere weiblichen Outsider, die sich nur mühsam in Kernbereichen platzieren können. Früher konnten gering qualifizierte Arbeiter mit einem akzeptabel bezahlten, dauerhaften Job rechnen. Heute werden breitere Anforderungen gestellt. Ein niedriges Ausbildungsniveau führt oft langfristig zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und wiederkehrender Arbeitslosigkeit. Der Graben zwischen Gewinnern und Verlierern, Jung und Alt vertieft sich. Damit geht einher ein deutlicher Anstieg der Kinderarmutsraten in der Mehrzahl der OECD-Länder. Gleichzeitig liegen die Scheidungsraten auf Rekordhöhen und steigen weiter an, während die Fertilität oft nicht mehr ausreicht, um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten. Der Wohlfahrtsstaat ist trotz seiner unübersehbaren Fehlanpassungen in institutionellen Pfadabhängigkeiten gefangen, die eine angemessene Antwort auf die neuen Herausforderungen behindern. Er erwartet weiterhin Leistungen von der Mikroökonomie der Haushalte, die diese immer weniger zu leisten imstande sind. Vor diesem Hintergrund erscheint der implizite Familialismus des konservativen Wohlfahrtsstaates immer mehr als seine tatsächliche Achillesferse (Esping-Andersen 1990: 70), denn die demographische und mikroökonomische Krise der privaten Haushalte bedroht gleichzeitig die Sozialversicherungen.

Esping-Andersens (2000: 766) Lösungsvorschlag für ein Entrinnen aus der bedrohlichen Abwärtsspirale lautet: Frauen sollen grundsätzlich arbeiten. Arbeit ist nicht nur subjektiv für das Individuum die größte Rückversicherung gegen Armut, sondern könnte auch mehr Mut zu mehr Kindern machen. Esping-Andersen (2003) will gleichwohl keinesfalls in den Blair-Giddensschen *Third way* Slogan der Markt-optimierung durch *Workfare* einstimmen, denn Transfers bleiben für ihn eine Voraussetzung für einen durch mehr Wirtschaftswachstum sanierten Wohlfahrtsstaat. Der Fokus liegt auf einer skandinavischen, mit etwas mehr Markt durchsetzten Strategie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die hohe Beschäftigungsraten von Frauen mit sich bringt.

Damit stellt sich allerdings die Frage, wo die dafür notwendigen Jobs herkommen. Eines der großen Probleme der konservativen Regime liegt in strukturell hoher Arbeitslosigkeit, die angesichts des begrenzten absoluten Wachstums scheinbar nicht beseitigt werden kann. Gleichzeitig hat die dramatische Krise der skandinavischen Länder in den 1990er Jahren gezeigt, dass auch die Kombination hoher weiblicher Beschäftigungsraten mit staatlichen Unterstützungen möglicherweise bereits an neue Grenzen stößt. Esping-Andersens (2000: 765) Antwort auf diese Gret-

chenfrage liegt in den Multiplikatoreffekten höherer Beschäftigungsraten. Haushalten müsse ein maximaler Anreiz für das Outsourcen von Reproduktionsarbeit gegeben werden. Für 100 Frauen, die in Vollzeit erwerbstätig seien, würden zusätzlich etwa 15-20 neue Jobs entstehen in den Bereichen Kinderpflege, Reinigen, Haus- und Gartenarbeit, Gaststätten und Altenpflege. Im Postindustrialismus zählt insbesondere die *Masse* der bezahlten Arbeitsstunden. »Bad jobs« seien nicht das Problem. Dazu passt auch seine Forderung nach wieder längeren Wochen- und Lebensarbeitszeiten, denn weniger Beschäftigte bedeuteten auch weniger Multiplikatoren. Explizit nennt Esping-Andersen seine Überlegungen als neo-klassisch in dem Sinne, dass jedes Angebot seine eigene Nachfrage erzeuge und geringere Arbeitsstunden ein niedrigeres Gesamtniveau der Wertschöpfung mit sich bringen. Gleichzeitig sieht Esping-Andersen in mehr Frauenerwerbstätigkeit und im Outsourcing familialer »Dienstleistungen« eine mögliche Ursache von höherer, nicht niedriger Fertilität. Der Wunsch nach zwei Kindern sei bis heute in der Bevölkerung dominant – nur dass insbesondere die konservativen Wohlfahrtsstaaten die Realisierung dieser Wünsche behinderten.

Diese von der *Zeit* (2.10.2003) als »Politik vom Wickeltisch« bezeichneten Überlegungen wurden inzwischen in Deutschland insbesondere in der SPD hoffähig. Esping-Andersens Thesen bedürfen gleichwohl ebenso empirischer Prüfung wie seine wiederholt aufgestellte Behauptung, dass es keinesfalls die Globalisierung sei, die für die Krise westlicher Wohlfahrtsstaaten verantwortlich ist. Deshalb werde ich im Weiteren seine Thesen über die »hausgemachten« Grenzen des Wachstums empirisch prüfen.

### 3. Empirische Befunde

Abbildung 1 zeigt erhebliche Wachstumsdifferenzen zwischen OECD-Ländern. Gegenüber 1970 erreichen die kontinentaleuropäischen Länder etwas mehr als eine Verdoppelung. Allein die Niederlande zeigen seit den Neunziger Jahren einen Wachstumsvorsprung, der auf das so genannte Wunder der Teilzeitökonomie zurückzuführen ist (Visser 2002). In Skandinavien liegen Schweden und Dänemark am unteren Rande des Wachstumspfad. Norwegen überragt durch seinen enormen Ressourcenreichtum (insbesondere Öl), der das Land in kurzer Zeit zu einem der reichsten Länder der Welt gemacht hat.

In der Gruppe der angelsächsischen Länder liegen Neuseeland und Großbritannien eher auf einem »kontinentaleuropäischen« Niveau, während die USA, Kanada und Australien die Wachstumsleistung anderer Länder weit übertreffen. Für

Kanada und die USA dürfte dafür in beschränktem Maße auch der jüngere Öl-Boom verantwortlich gemacht werden.

Damit stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Wachstumsdivergenzen, denn die Krise des Wohlfahrtsstaates ist nicht zuletzt eine Krise einer nur wenig zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Sie gibt den Spielraum für politische Neugestaltungen vor. Drei Ursachen liegen auf der Hand: die Bevölkerungsentwicklung, die Beschäftigungsraten der Frauen und die Produktivitätsentwicklung.

Das Bevölkerungswachstum zeigt ein auffallend ähnliches Muster wie das Wirtschaftswachstum. Auf dem europäischen Kontinent heben sich nur Frankreich und die Niederlande ab. In Skandinavien wächst die Bevölkerung ebenfalls nur minimal. Einen kräftigen Boom zeigen jedoch – abgesehen von Großbritannien – die angelsächsischen Länder. So ist die Bevölkerung der USA zwischen 1970 und 2003 von 205 auf 291 Millionen gestiegen. Etwas mehr als die Hälfte davon entfiel auf Geburtenüberschüsse, der Rest auf Einwanderung. Der Effekt der Migration ist tatsächlich allerdings weitaus höher, da Einwanderer weitaus höhere Fertilitätsraten haben als die im Land geborene Bevölkerung.

Eine zweite wichtige Ursache für unterschiedliches Wirtschaftswachstum könnte die von Esping-Andersen in den Vordergrund gestellte Beschäftigungsrate der Frauen darstellen (Abbildung 3). Skandinavien zeigt eine frühe Expansion weiblicher Erwerbstätigkeit. Diese wurde seit den 1970er Jahren allerdings weniger durch Märkte als durch öffentliche Jobs unterstützt. Norwegen folgt der Entwicklung mithilfe seiner dynamisch wachsenden Wirtschaft. Das Gesamtniveau ist auf dem europäischen Kontinent am niedrigsten, wobei in den Niederlanden die konzentriert eingeführte Teilzeitbeschäftigung einen schnellen Aufholprozess eingeleitet hat. Eher kontinuierlich nach oben zeigt die Entwicklung in den angelsächsischen Ländern.

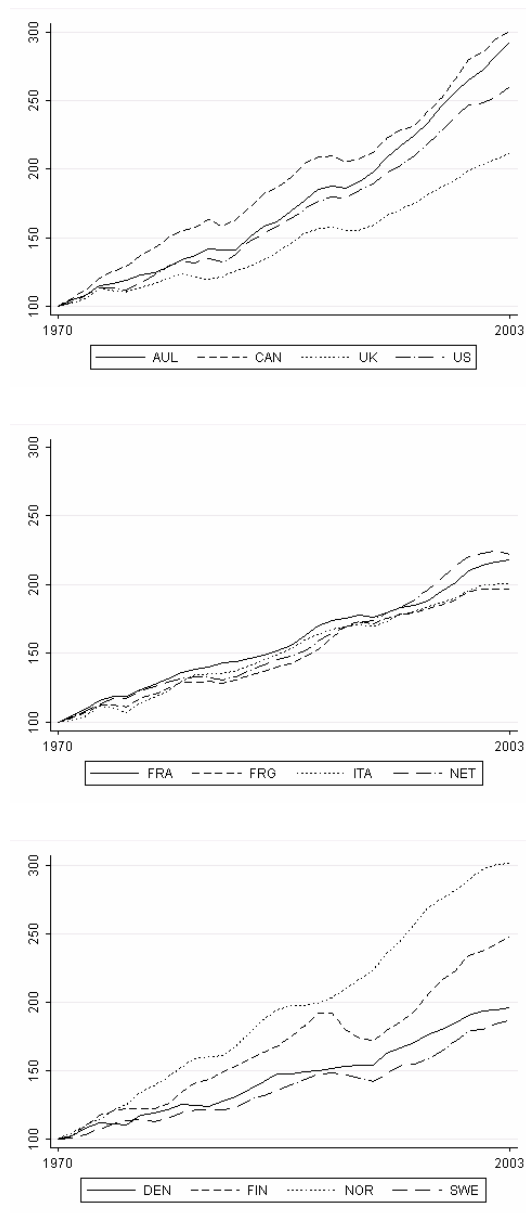


Abbildung 1: Indexiertes Wirtschaftswachstum (BIP; 1970=100)

(Quelle: OECD div.)

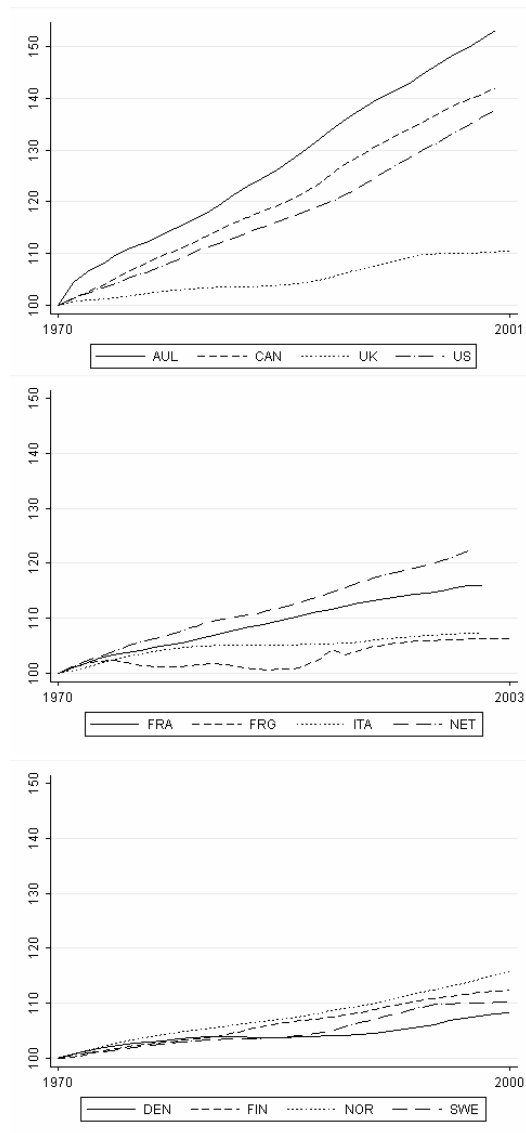


Abbildung 2: Indexiertes Bevölkerungswachstum (1970=100)

(Quelle: Armingeon u.a. 2005)

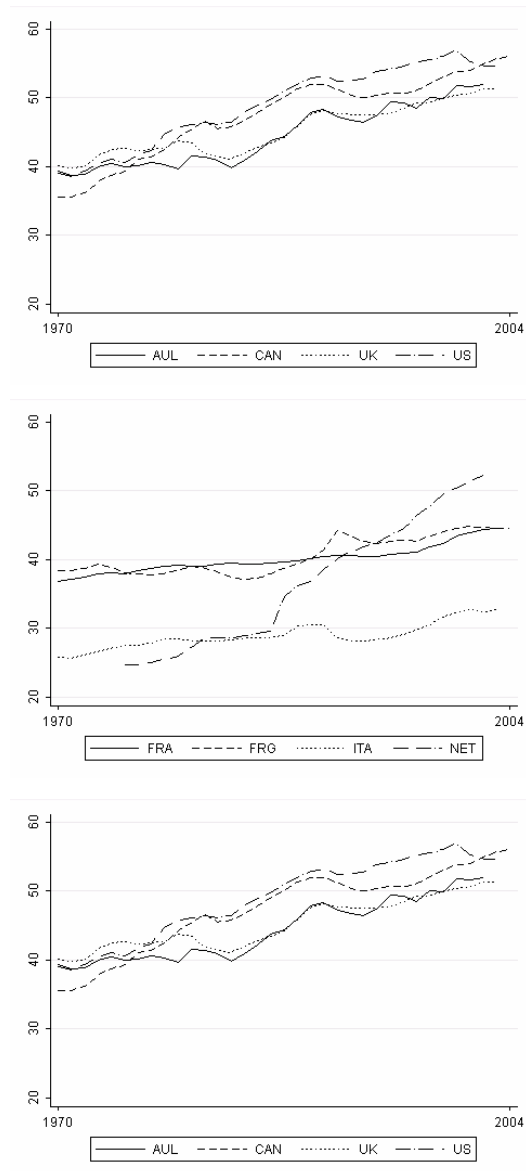


Abbildung 3: Beschäftigungsraten von Frauen

(Quelle: OECD Labor Force Statistics 2005)



Produktivitätsfortschritte gelten üblicherweise als *die* zentrale Bedingung für mehr Wachstum (Abbildung 4). Esping-Andersen widerspricht dieser Behauptung mit seiner *Volumenthese* zur möglichen Dienstleistungsexpansion. Die Gesamtproduktivität ist in jenen Ländern mit hohem Wirtschaftswachstum im Vergleich *weniger* stark gewachsen, während die noch stärker auf Industrie und produktionsorientierte Dienstleistungen setzenden kontinentaleuropäischen Länder ein deutlich höheres Produktivitätswachstum aufweisen. Das hohe Wirtschaftswachstum in den USA, Kanada und Australien ist also in der Tat zumindest teilweise durch wenig produktive Dienstleistungsjobs erkaufte worden, so dass ihre Arbeitsmärkte durch höhere Produktivitätsgefälle gekennzeichnet sind (vgl. OECD 2003).

Diese Polarisierung von Produktivität seit 1970 zeigt sich empirisch zwischen den Subsektoren des Dienstleistungssektors. Die sechs Grafiken in Abbildung 5 zeigen die Entwicklung des Sektordualismus zwischen den Subsektoren. Der auf Simon Kuznets' (1955) Untersuchungen zurückgehende Sektordualismus misst die Differenz zwischen dem Anteil der Erwerbsbevölkerung, der im Sektor tätig ist, und dem Anteil des gesamten Sozialprodukts, der im Sektor in einem Jahr entsteht. Er stellt eine Sonderform des Gini-Koeffizienten dar und bietet ein Verteilungsmaß für die unterstellte Aufteilung des gesamten Einkommens zwischen nur *zwei* »Haushalten«, das heißt Sektoren. Eine positive Differenz deutet darauf hin, dass die Produktivität im Sektor unterdurchschnittlich ist. Dort werden relativ mehr Beschäftigte gebraucht, um eine bestimmte Menge an Sozialprodukt zu erzeugen. Negative Differenzen zeigen, dass ein Sektor überdurchschnittlich viel Wertschöpfung erreicht und damit für die Beschäftigten auch höhere Einkommenschancen entstehen.

Üblicherweise werden vier Dienstleistungssektoren unterschieden: *erstens* die ISIC-Gruppen 50–55 mit Groß-, Einzelhandel, Restaurants und Hotels; *zweitens* die Gruppen Transport, Lager und Kommunikation (60–64); *drittens* produktionsorientierte Dienstleistungen, das Kreditgewerbe, Versicherungen, Immobilien, Vermietung, Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung (65–74); und *viertens* die personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen (75–99), die die öffentliche Verwaltung und Verteidigung, die Sozialversicherungen, Bildung, Gesundheit und soziale Arbeit und Beschäftigte in privaten Haushalten enthalten. Der Anteil dieses vierten Subsektors an allen Erwerbstätigen liegt in allen OECD-Ländern inzwischen bei 20 bis über 30 Prozent. Diesem Sektor sind immer wieder unterdurchschnittliche Produktivitätspotentiale attestiert worden. Gleiches gilt für den ersten Subsektor (ISIC 50–55), dessen Beschäftigungsanteil inzwischen bei 15–20 Prozent liegt.

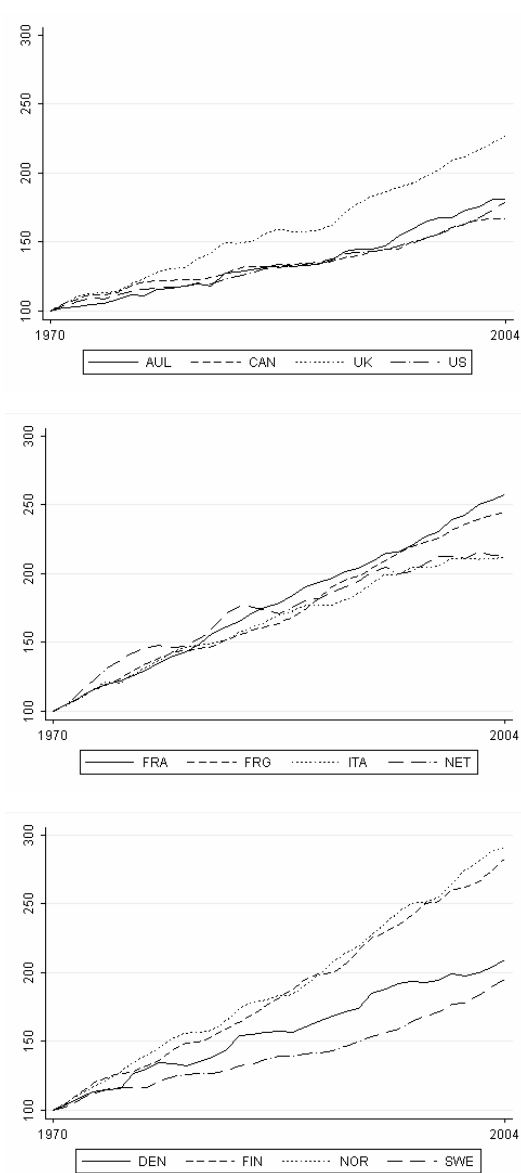


Abbildung 4: BIP je gearbeiteter Stunde (1970=100)

(Quelle: OECD Productivity Database 2006)

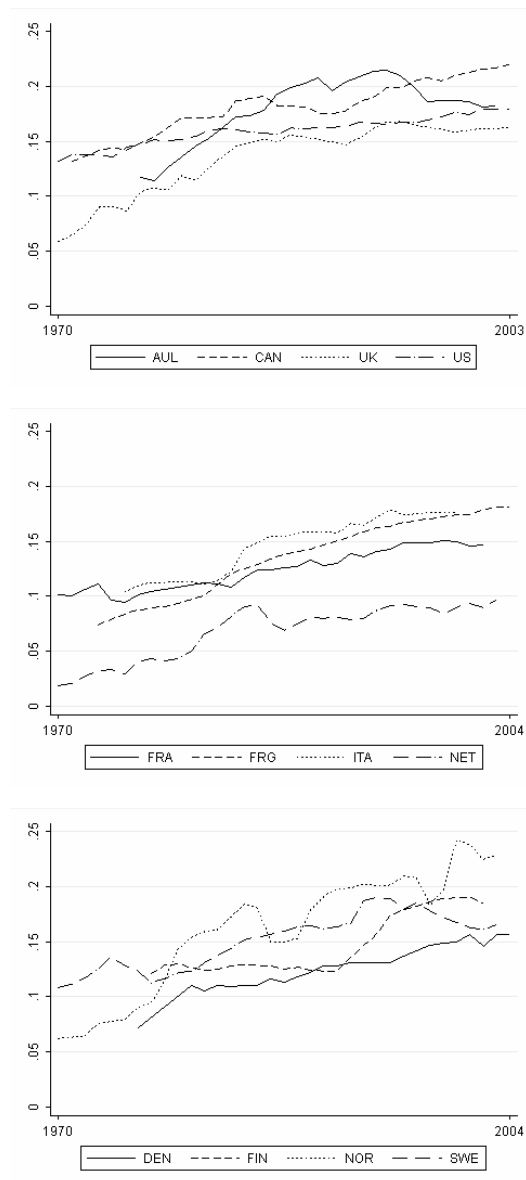


Abbildung 5: Sektordualismus ISIC 5055/7599 (oben) und 65-74 (unten)

(Quelle: OECD Structural Analysis Database)

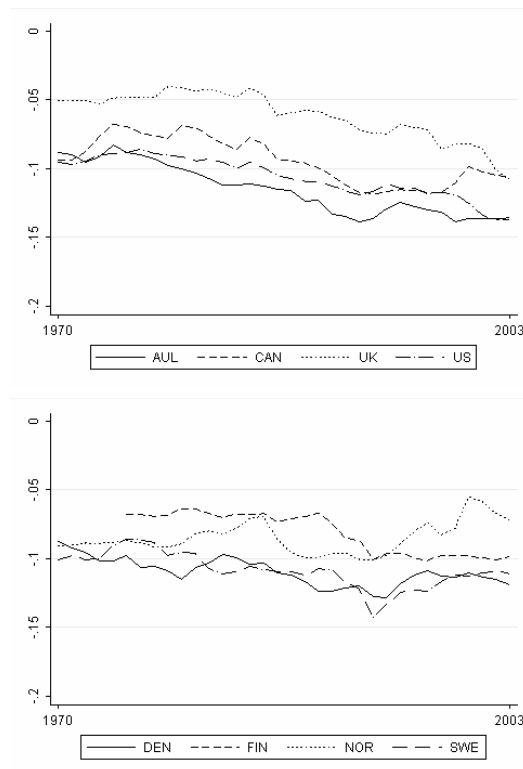


Abbildung 6: Sektordualismus ISIC 65-74

(Quelle: OECD Structural Analysis Database)

Die oberen Grafiken zeigen den addierten Sektordualismus für diese beiden Subsektoren. Über den gesamten Zeitraum ergibt sich für alle OECD-Länder ein steigendes *Gefälle* zur Gesamtwirtschaft. Das Gegenteil trifft auf den auf den unteren Grafiken gezeigten dritten Subsektor zu, der nicht nur dynamisch gewachsen ist, sondern auch *Vorsprünge* von bis zu über 20 Prozent erzielen konnte. Bekannte länderspezifische Spezialisierungen betreffen hier etwa die Finanzdienstleistungen in Großbritannien und die starken produktionsorientierten Dienstleistungen der kontinentaleuropäischen und skandinavischen Länder.

Diese Untergruppen des Dienstleistungssektors variieren erheblich in ihrer Fähigkeit, auf Märkten Preise für Dienstleistungen durchzusetzen. Finanz- und produktionsorientierte Dienstleistungen sind institutionell gut abgesichert und einem

weniger harten Substitutionswettbewerb ausgesetzt als die sozialen, personen- und haushaltsorientierten Dienstleistungen. Die Polarisierung wird also durch kollektive Marktmacht bewirkt. »Die Preise bleiben unten« heißt es bei WALMART oder »LIDL ist billig«. Demgegenüber kann ein Businessdienstleister – wie etwa die SAP-Einführung in der hessischen Verwaltung zeigt – fast beliebig hohe Preise durchsetzen.

Drei Modellschätzungen sollen nun zeigen, dass sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Einkommensverteilung und Armutsrisiken in erheblichem Maße von dieser Polarisierung bestimmt werden.

1) Das erste Modell (Tabelle 1) hat als abhängige Variable das indexierte Wirtschaftswachstum. Unabhängige Variablen sind die Bevölkerungsentwicklung und Beschäftigungsraten der Frauen (als Interaktionsterm), die Produktivitätsindikatoren für Industrie und Dienstleistungssektoren, der Anteil der Staatseinnahmen am BIP, die Dekommodifizierung von Arbeit und die langfristigen Zinsen. Das Modell bietet eine dynamische Panelschätzung nach Arellano und Bond (2003) und ist als *xtabond* in STATA implementiert. Die Zeitreihen sind nicht stationär, so dass eine statische Schätzung zu Scheinregressionen führen würde. Einheitswurzeltests zeigen, dass das Bevölkerungswachstum und die Beschäftigungsraten der Frauen nicht kointegriert sind. Der Schätzer führt eine verzögerte abhängige Variable als Regressor ein und transformiert die anderen unabhängigen Variablen in erste Differenzen. Die verbleibenden Residuen weisen keine Autokorrelation mehr auf. In Zeitreihenanalysen werden typischerweise verzögerte Variablen eingesetzt, um die Beharrungskraft einer Größe zu modellieren und serielle Korrelation im Fehlerterm zu eliminieren (Engelhardt 2006). Die Zahl der Verzögerungen der abhängigen Variablen und auch der Instrumente kann spezifiziert werden. Strenge exogene und sequentiell exogene (vorherbestimmte) Kontrollvariablen werden separat bestimmt. Verzögerte abhängige Variable, die vorherbestimmten Variable und die Differenzen der exogenen Variablen werden als Instrumente genutzt. Der Arellano-Bond-Schätzer stellt eine Erweiterung des Andersen-Hsiao-Schätzers dar. Arellano und Bond argumentieren, dass dieser Schätzer nicht alle möglichen Orthogonalitätsbedingungen beansprucht. *XTabond* spezifiziert deshalb das Modell als System von Gleichungen – eine pro Zeiteinheit. In späteren Perioden sind zusätzliche verzögerte Instrumente verfügbar. Die Instrumente umfassen verfügbare Verzögerungen der endogenen Variablen in Niveaus. Der Schätzer kann so eine immense Zahl von Instrumenten behandeln, so dass gegebenenfalls die Zahl der maximalen Verzögerungen begrenzt werden muss. Die Stärke von Arellano and Bond liegt darin, dass die Instrumente größer werden, wenn die Fallzahl steigt. Das Modell kann auch für komplexere Verzögerungen von Y eingesetzt werden. Allerdings können konstante Faktoren nicht geschätzt werden, und man verliert für jede Verzögerung Beobachtungen.

Bevölkerung*Beschäftigungsrate (D1)	.26***	4.25
Sektordualismus ISIC 65-74 (D1)	.04***	3.56
Sektordualismus ISIC 50-55/75-99 (D1)	.08***	4.47
Staatseinnahmen/BIP (D1)	-.01	-1.13
Dekommodifizierung (D1)	-.01	-0.36
Langfristige Kapitalmarktzinsen (D1)	-.06**	-2.37
Periodenindikator 1982-1992	.82	1.16
Periodenindikator 1993-2000	2.80**	2.17
Konstante	-.66***	3.44
R <sup>2</sup>	.68	

Sargan-Test:  $\chi^2(2405) = 738.8$  Probl  $\chi^2=1$ ; \*  $P < .10$ , einseitig;

\*\*  $P < .05$ ; \*\*\*  $P < .01$ ;  $R^2$  = quadrierte Korrelation von vorhergesagtem und tatsächlichem Wert. 18 OECD-Länder 1970-2003;  $N=444$

Tabelle 1: *Arellano-Bond-Panelregression auf Wirtschaftswachstum (1970=100)*

Die Ergebnisse zeigen, dass das Bevölkerungswachstum und die Beschäftigungsrate der Frauen das Wirtschaftswachstum signifikant beschleunigt haben. Konservativ geschätzt könnten eine um 3 Prozent höhere Beschäftigungsrate der Frauen und 10 Prozent mehr Bevölkerungswachstum zwischen 1970 und 2002 etwa 20 Prozent mehr Wachstum mit sich gebracht haben. Die in die Schätzung eingebrachten Produktivitätsindikatoren werden gebildet durch den Sektordualismus als Verteilungsmaß für relative Produktivitätsgefälle zwischen Subsektoren der Volkswirtschaft. Ihre Werte sind mit dem relativen Anteil des Sektors am BIP gewichtet, damit die jeweilige Stärke eines Wachstumsimpulses angemessen berücksichtigt wird. Industrie und produktionsorientierte Dienstleistungen beschleunigen das Wachstum durch hohe Produktivitätsüberschüsse. Für die ISIC-Gruppen 50–55 und 75–99 ist eine andere Interpretation angemessen: Sie beschleunigen das Wachstum ebenfalls – allerdings *gerade nicht* durch überdurchschnittliche Produktivität, sondern durch die Steigerung ihres Volumens.

Das jüngere Wirtschaftswachstum beruht damit insgesamt auf drei Säulen: *erstens* auf der Bevölkerungszunahme, gepaart mit höheren Beschäftigungsraten von Frauen, *zweitens* auf dem hochproduktiven Wachstum in Industrie und produktionsbezogenen Dienstleistungen und *drittens* auf der Expansion der wenig produktiven personenbezogenen Dienstleistungen. Länder mit einer relativ starken Industrie und hoher Gesamtproduktivität zahlen den Preis eines im Vergleich verlangsamten Wirtschaftswachstums. Länder mit einem stark expandierten Dienstleistungssektor tauschen demgegenüber *relativ* langsamere Produktivitätsentwicklungen der gesamten Volkswirtschaft mit sozialpolitisch hilfreichen, *absoluten* Wachstumsvorsprüngen vor Kontinentaleuropa. Der Wachstumsvorsprung der USA, Kanada und Australien ist in beträchtlichem Maße ein Volumeneffekt und damit vor allem auf das Bevölke-

erungswachstum und hohe Erwerbsraten der Frauen zurückzuführen. Bemerkenswert ist schließlich, dass die von Esping-Andersen (1990) so genannte *Dekommodifizierung* – also das landesspezifische Ausmaß an Absicherung von Arbeitsmarktrisiken durch Sozialversicherungen (scores entnommen aus Scruggs 2004) nur einen schwachen und nicht signifikanten Effekt erhält. Dieses Ergebnis könnte dafür sprechen, dass hohe Sozialversicherungskosten nicht *notwendig* das Wachstum behindern.

2) Ich komme nun zu den verteilungspolitischen Konsequenzen dieser Entwicklung. Seit den 1970er Jahren ist die Ungleichheit der Haushaltseinkommen in der Mehrzahl der OECD-Länder wieder gestiegen (Alderson/Nielsen 2002). Diese große Kehrtwende begann in den angelsächsischen Ländern schon früh, während sie auf dem Niveau der Haushalts*netto*einkommen den europäischen Kontinent bisher kaum erreicht hat. Das präsentierte Modell prüft den Zusammenhang von mehr Einkommensungleichheit und der expandierenden Dienstleistungsökonomie unter Kontrolle von Globalisierungsfaktoren. Esping-Andersen hat wiederholt betont, dass die wachsende Ungleichheit aus der schnellen Tertiärisierung, nicht aber aus der stärkeren Einbindung in den Weltmarkt resultiere.

Lineare Modellschätzungen für 25 Länder, 1971-2000	Koeff.	t
Einschulungsrate (sekundär)	.04	0.91
Bevölkerungswachstum	-.01	-0.04
Gewerkschaftsdichte	-.09	-1.51
Koordination von Lohnverhandlungen	-.09**	-2.42
Investitionssaldo	-.04	-0.79
Außenhandelsaldo	-.21***	-2.61
Nettomigration	.02	0.36
Sektordualismus ISIC 65-74	.39***	4.98
Sektordualismus ISIC 50-55/75-99	.34***	3.49
Individuelle Marktungleichheit	.89***	8.01
Beschäftigungsrate	-.44***	-5.66
Periodenindikator 1982-1992	-.015	-0.06
Periodenindikator 1993-2000	1.44**	2.49
Dummy Nordische Länder	3.36**	2.42
Dummy Kontinentaleuropa	-1.54	-1.63
Konstante	39.19***	6.78
R <sup>2</sup>	.72	
ρ	.54	
N	189	

Semi-robuste, standardisierte Koeffizienten; \* P < .10, einseitig;

\*\* P < .05; \*\*\* P < .01; R<sup>2</sup> = quadrierte Korrelation von vorhergesagtem

und tatsächlichem Wert. Quellen: Alderson/Nielsen 2002; OECD div.; Cross-National Equivalent File (CNEF); Huber et al. 2004; Visser et al. 2002a; IMF)

Tabelle 2: XTGEE-Regression auf Einkommensungleichheit (GINI × 100)

Abhängige Variable ist der Gini für die Haushaltsbruttoeinkommen. Die Koordination von Lohnverhandlungen, Außenhandelsüberschüsse und die Beschäftigungsrate senken Ungleichheit. Das Produktivitätsgefälle innerhalb des Dienstleistungssektors und die *individuellen* Markteinkommen von ganzjährig in Vollzeit Beschäftigten sind hingegen die Hauptschuldigen der großen Kehrtwende. Die Kontrolle des Beitrags *individueller* Marktungleichheit zu höheren Ungleichheiten der *Haushalts*markteinkommen ist – wie insbesondere Lane Kenworthy (2004) gezeigt hat – von zentraler Bedeutung. Ohne sie wird nicht verständlich, inwieweit der wirtschaftsstrukturelle Wandel zur globalisierten Dienstleistungsökonomie auf der einen Seite und die demographische bzw. sozialstrukturelle Entwicklung auf der anderen Seite zur »großen Kehrtwende« beigetragen haben (vgl. Nollmann 2006). Die Ergebnisse bieten erhebliche Unterstützung für die von Esping-Andersen vertretene Position. Die Ungleichheit der Haushaltsbruttoeinkommen variiert nicht systematisch positiv mit Globalisierungsgrößen wie der Handelsbilanzsaldo, der Investitionssaldo und der Migrationsraten. Als entscheidender Ursachenblock stellt sich das Einkommensgefälle zwischen den Subsektoren des Dienstleistungsbereichs heraus. Diese Schätzung erklärt die länderspezifische Varianz der Einkommensverteilung in hohem Maße und ist ausgesprochen robust für andere Schätzverfahren (etwa mit länderspezifischen Konstanten) oder andere Ungleichheitsmaße (etwa Dezilverhältnisse und der Theil-Index). Der Periodenindikator für die Jahre 1993–2000 deutet auf eine Beschleunigung der »großen Kehrtwende« hin. Der Dummy für den europäischen Kontinent zeigt erwartungsgemäß, dass die Polarisierung der Dienstleistungswirtschaft dort verzögert erfolgt, während Skandinavien seit den 1990er Jahren krisenbedingt mehr Ungleichheit hinnehmen muss.

3) Das dritte Modell (Tabelle 3) testet Esping-Andersens Annahmen über verschärfte Armutsrisiken im Postindustrialismus. Es handelt sich um eine Cox-Regression auf Armutsepisoden privater Haushalte mit Daten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP 1984–2004). Dabei werden nur Haushalte betrachtet, die mindestens über einen Verdienener verfügen. Die Armutsgrenze ist definiert als die Hälfte des Medians der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen. Präsentiert wird das relative Risiko, dass ein Haushalt in eine Armutsepisode eintritt.

Entscheidende Bedeutung haben die beiden Variablen zur Arbeitsmarktintegration und zum Sektordualismus der Berufsgruppen. Die Arbeitsmarktintegration misst die Einbindung eines Haushaltes in den Arbeitsmarkt. Vollzeiterwerbstätige werden mit 1 bewertet. Teilzeitbeschäftigte werden linear als Anteil der berichteten Wochenarbeitszeit am Median der berichteten Vollzeitarbeitsstunden errechnet und zu den Vollzeitbeschäftigten des Haushalts addiert. Das ist deshalb sinnvoll, weil Haushalte mit zwei oder zumindest mit anderthalb Verdienern ein niedrigeres Armutsrisiko als Haushalte mit nur einem oder gar nur einem Teilzeitverdiener haben. Wie hoch allerdings die Einkommenschancen dieser Verdienener tatsächlich



sind, wird von der Variable Sektordualismus erfasst. Sie misst die Veränderung der *relativen* Einkommensposition einer Berufsgruppe im Zeitablauf. Der aus der OECD STAN-Datenbank errechnete Sektordualismus kann mit dem im SOEP enthaltenen Zwei-Ziffern-Code für die jeweilige Berufsgruppe von erwerbstätigen Haushaltsmitgliedern verbunden werden. Der Sektordualismus repräsentiert so die »objektiven« Einkommenschancen von Personen und Haushalten im Zeitablauf und verbindet Makrogrößen mit Individualdaten. Negative Werte weisen auf unterdurchschnittliche, positive auf überproportionale Einkommenschancen. Zu den Gewinnern gehören die Bereiche Maschinenbau, Finanz-, Versicherungs- und produktionsbezogene Dienstleistungen. Verlierer der Produktivitätsverschiebungen seit 1970 sind Groß- und Einzelhandel, Gaststätten und Hotels, Bildung, soziale und Haushaltsdienstleistungen.

Variable	Hazard Ratio	t-Wert
Arbeitsmarktintegration	.225***	-26.59
Sektordualismus	.192**	-2.96
Junge Haushalte (Alter < 26)	3.412***	12.70
Alte Haushalte (Alter > 64)	.494***	-3.65
Alleinerziehende	1.43**	2.56
Kinderzahl	1.061	1.58
Hohe Bildung	0.492***	3.44
Niedrige Bildung	1.456***	3.78
Dienstklasse	.461***	3.40
Ungelernte Arbeiter	2.348***	4.62
N		92558

Anmerkung: Robuste Standardfehler; \* P < .10, einseitig; \*\* P < .05; \*\*\* P < .01.  
Grenze: 50% des Median der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen

*Tabelle 3: Cox-Regressionen auf Armutsepisoden privater Haushalte, Westdeutschland 1984-2005*

Die Erwerbstätigkeit in begünstigten Berufsgruppen bedingt die stärkste Verringerung von Armutsrisiken. Die *hazard ratio* liegt bei nur .192. Für die Vermeidung von Armutsepisoden kommt es also inzwischen auch in Deutschland nicht nur darauf an, *überhaupt* einen Job zu haben, sondern auch auf die Branche, in der dieser Job mehr oder minder große Einkommenschancen schafft. Die Produktivitätsverschiebungen der letzten 35 Jahre schlagen somit voll auf die auf Individualebene betrachteten Armutsrisiken durch.

Die weiteren Variablen kontrollieren, ob das Armutsrisiko nach der Kontrolle von Sektordualismus und Arbeitsmarkteinbindung höher oder niedriger ist. Sie folgen überwiegend, aber nicht durchgängig den Erwartungen: Höhere Armutsrisi-

ken haben jüngere Haushalte, Haushalte im Osten Deutschlands, niedrige Bildungsgrade und ungelernete Arbeiter. Die These, dass gerade kinderreiche Haushalte von relativer Armut betroffen seien, kann nach der Kontrolle des Sektorrisikos kaum bestätigt werden. Dieses Ergebnis könnte dafür sprechen, dass in Deutschland inzwischen eine Selbstselektion insbesondere bei den jungen Haushalten stattgefunden hat und sich nur noch Haushalte mit guter wirtschaftlicher Absicherung und gelungener Arbeitsmarktplatzierung für Kinder entscheiden, während gefährdete Haushalte den Übergang in die Elternschaft nicht mehr riskieren. Der Vergleich mit einer analog zu Modell 3 operationalisierten Schätzung für die USA mit der *Panel Study of Income Dynamics* (1980–2003; nicht berichtet) unterstützt eine solche Annahme. Dort zeigen die entsprechenden Dummies vor dem Hintergrund eines hochgradig mobilen und kaum nach In- und Outsidern gespaltenen Arbeitsmarktes genau diese Divergenz des Armutsrisikos zwischen kinderlosen und kinderreichen Familien nicht.

Hohe Bildung scheint Modell 3 zufolge nicht unbedingt vor Armut zu schützen. Niedrige Bildung erhöht demgegenüber die Armutsgefährdung deutlich. Die Dummies für junge und alte Haushalte unterstützen nachhaltig Esping-Andersens These über die zunehmende Spaltung von Armutsrisiken zwischen den Generationen.

#### 4. Diskussion und Schlussfolgerungen

Die komparativen Analysen unterstützen in vielfacher Hinsicht die von Esping-Andersen vorgelegte Diagnose, zeigen aber auch die Grenzen seiner Lösungsvorschläge auf. Die dynamische Panelschätzung verweist zwar auf einen engen Zusammenhang zwischen einem politisch erwünschten Wirtschaftswachstum, höherer Fertilität (bzw. Einwanderung) und den Beschäftigungsraten von Frauen. Gleichwohl haben Kanada, Australien und die USA den Übergang in die postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft vor allem mit Hilfe eines enormen, historisch wahrscheinlich einzigartigen Wachstumsschubs der Bevölkerung bewältigt – und zwar dergestalt, dass eine riesige Menge an Zuwanderern ins Land geholt und sich selbst überlassen wurde. Das dadurch generierte Wachstum ermöglicht eigentlich höhere sozialpolitische Spielräume der Gestaltung. Allerdings haben nur Kanada und Australien diese tatsächlich genutzt, während die USA in den vergangenen Jahrzehnten weitaus mehr Ungleichheit toleriert haben als eigentlich notwendig gewesen wäre. Aber es liegt auch auf der Hand, dass ein solches Volumenmodell für den europäischen Kontinent nicht durchführbar ist.

Die kontinentaleuropäischen Länder – insbesondere Deutschland und Frankreich – sehen sich mit einem mehrfachen Dilemma konfrontiert. Die Deindustriali-

sierung beschleunigt sich durch die EU-Erweiterung. Die Wiedervereinigung und die Stagnation des Bevölkerungswachstums erzeugen enormen Druck auf die soziale Sicherung. Trotz hoher Regulierung der Arbeitsmärkte entsteht inzwischen eine Polarisierung der Haushaltsmarkteinkommen durch Bildungshomogamie und eine höhere Korrelation von Ehegatteneinkommen. Die Expansion von Dienstleistungsarbeit und von weiblicher Erwerbstätigkeit wird gleichzeitig durch institutionelle Fehlanreize gebremst. Haushalts- und Geldpolitik können keine nennenswerten Impulse auf die Binnennachfrage ausüben, weil die Wachstumshemmnisse struktureller, nicht aber konjunktureller Art sind. Esping-Andersens Zeitdiagnose scheint insbesondere für Deutschland, Frankreich und die residualen Wohlfahrtsstaaten Südeuropas zuzutreffen, während andere Länder eigene Lösungen für die gegenwärtigen Dilemmata bereits gefunden haben. Von Esping-Andersens »Politik vom Wickeltisch« sollte man sich gleichwohl keine Wunder versprechen – allein schon deshalb, weil der Effekt höherer weiblicher Beschäftigungsraten im Vergleich zur Bevölkerungs- und Produktivitätsentwicklung als klein erscheint.

Hoffnungen in ein höheres Wirtschaftswachstum in Deutschland durch eine Zunahme der Bevölkerung sollten vorsichtig formuliert werden. In *allen* OECD-Ländern zeigen die natürlichen Raten des Bevölkerungswachstums im Zeitablauf eindeutig nach unten. Während auf dem europäischen Kontinent und in Skandinavien die Raten bereits sehr niedrig liegen, erleben die USA, Kanada und Australien in dieser Hinsicht einen »fertility lag« gegenüber Europa. Der Babyboom in den angelsächsischen Ländern wurde allerdings in großem Maße von der eingewanderten Bevölkerung getragen, während die Fertilitätsraten in der einheimischen Bevölkerung – wie auch in Deutschland – auch dort nicht mehr für die Bestandssicherung reichen. Das Programm »Wachstum durch Einwanderung« hat insofern eindeutig *neue* Grenzen, die in den USA, Kanada und Australien in der nahen Zukunft bewältigt werden müssen.

In der von Esping-Andersen in den Vordergrund gerückten Wohlstandstrias von Staat, Markt und privaten Haushalten bildet der Staat die eigentliche Engstelle des Postindustrialismus. »Eigentlich« – so könnte argumentiert werden – müssten sich moderne OECD-Länder auch mit stagnierenden Bevölkerungen und Arbeitsstunden durchaus arrangieren können. Allerdings kann die Politik die Stagnation nur schwierig bewältigen, denn im Kampf um politische Macht entscheiden, wie Esping-Andersen mit Recht betont, die Interessen der Insider – also jene Mehrheit, die von der polarisierten Dienstleistungsökonomie profitiert.

Die polarisierte Sozialstruktur der privaten Haushalte erscheint in der Tat – wie von Esping-Andersen immer wieder betont – weitaus folgenreicher für mögliche »hausgemachte« Grenzen des Wachstums als die Globalisierung der Wirtschaft. Diese Polarisierung bezieht sich nicht nur auf die immer größere Zahl der Single-Haushalte und Alleinerziehenden. Auch finden gut gebildete und verdienende

Frauen und Männer häufiger zueinander (Blossfeld/Timm 1993), so dass die Korrelation der Ehegatteneinkommen steigt (Kenworthy 2004). Diese Verschiebungen würden allerdings durch die von Esping-Andersen empfohlene, erhöhte weibliche Erwerbstätigkeit wohl eher verstärkt. Esping-Andersens Entwurf eines neuen Wohlfahrtsstaats, der die deutschen sozialpolitischen Herausforderungen meistern könnte, kann deshalb nur zum Teil überzeugen.

Die derzeitigen kontinentaleuropäischen Grenzen des Wachstums erscheinen – wie von Esping-Andersen betont – tatsächlich als hausgemacht. Der konservative Wohlfahrtsstaat *behindert* durch institutionelle Fehlanreize und eine Fehleinschätzung der heutigen Mikroökonomie privater Haushalte den Übergang in die postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft, anstatt sie – wie in den skandinavischen Ländern – entschlossen zu fördern. Immerhin ist inzwischen ein politisches Umlernen auf dem europäischen Kontinent erkennbar.

## Literatur

- Armington, Klaus, Philipp Leimgruber, Michelle Beyeler, Sarah Menegale (2005), *Comparative Political Data Set 1960-2003*, Universität Bern.
- Alvarez, Javier, Manuel Arellano (2003), 'The Time Series and Cross-Section Asymptotics of Dynamic Panel Data Estimators', *Econometrica* 71, 4, S. 1121–1159.
- Alderson, Arthur S./Nielsen, Francois (2002), »Globalization and the Great U-turn: Income inequality trends in 16 OECD countries«, *American Journal of Sociology*, Jg. 107, H. 4, S. 1244–1299.
- Blossfeld, Hans-Peter/Timm, Andreas (1993), »Educational Systems as Marriage Markets in Modern Societies«, in: dies. (Hg.), *Who Marries Whom? Educational Systems as Marriage Markets in Modern Societies*, Dordrecht, S. 1–18.
- Esping-Andersen, Gösta (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton.
- Esping-Andersen, Gösta (1999), *The social foundations of post-industrial societies*, Oxford.
- Esping-Andersen, Gösta (2000), »Interview on Postindustrialism and the Future of the Welfare States«, *Work Employment Society*, Jg. 14, H. 3, S. 757–769.
- Huber, Evelyne/Ragin, Charles/Stephens, John D. u.a. (2004), »Comparative Welfare States Data Set, Update 2004«, Northwestern University, University of North Carolina, Duke University and Indiana University, in: [www.lisproject.org](http://www.lisproject.org) (September 2006).
- Kenworthy, Lane (2004), *Egalitarian Capitalism*, New York.
- Kuznets, Simon (1955), »Economic Growth and Income Inequality«, *American Economic Review*, Jg. 45, H. 1, S. 1–28.
- Nollmann, Gerd (2006), »Erhöht Globalisierung die Ungleichheit der Einkommen? Determinanten von Einkommensverteilungen in 16 OECD-Ländern 1967–2000«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 58, H. 4, S. 638–659.
- OECD (2003), *The sources of economic growth in OECD-Countries*, Paris.
- OECD (2006), »Productivity Database«, in: [www.sourceoecd.org](http://www.sourceoecd.org) (23. September 2006).

- OECD (2006a), »Labour Force Statistics Database«, in: <http://www1.oecd.org/scripts/cde/members/lfsdataauthenticate.asp> (September 2006)
- OECD (o. J.), »Earnings Database«, Paris, unveröffentlicht.
- Scruggs, Lyle (2004), »Welfare State Entitlements Data Set: A Comparative Institutional Analysis of Eighteen Welfare States«, University of Connecticut.
- Visser, Jelle (2002), »The First Part-Time Economy in the World: A Model To Be Followed?«, *Journal of European Social Policy*, Jg. 12, H. 1, S. 23–42.
- Visser, Jelle (2002a), »Trade Union Membership Database«, nicht veröffentlichter Datensatz, [visser@psew.uva.nl](mailto:visser@psew.uva.nl) (August 2006).